

Stettiner Zeitung.

Nr. 524.

Abendblatt. Freitag den 8. November.

1867.

Deutschland.

Berlin, 7. November. Wie wir schon erwähnt haben, ist bis jetzt ein Antrag wegen des Zusammentritts einer europäischen Konferenz in der römischen Angelegenheit hier nicht gemacht worden. Es folgt daraus, daß auch alle Nachrichten über Erklärungen, die Preußen in dieser Hinsicht abgegeben haben soll, unbegründet sind. — Es ist in letzter Zeit vielfach über die Störung des telegraphischen Verkehrs zwischen hier und Paris Klage geführt worden. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß diese Störung auf französischem Boden, auf der Linie zwischen Paris und den Rheinländern stattgefunden hat und daß die Depeschen von Paris über Lyon nach Berlin haben gehen müssen. Im allseitigen Interesse wird es liegen, zu untersuchen, ob bei dieser Störung nicht Korruption im Spiele gewesen ist. Einerseits ist es auffallend, daß auf einmal sämtliche Drahtbündel den Dienst versagt haben sollen, anderseits erinnert man sich, daß solche Störungen schon früher bei Gelegenheit ähnlicher wichtiger Ereignisse, wie jetzt die italienische Angelegenheit, vorgekommen sind. — Herr Birchow hat es in einer seiner politischen Kundgebungen als etwas Besonderes hervorgehoben, daß von den halboffiziellen Organen, wie der „Provinzial-Correspondenz“, auf das Programm des Prinz-Régenten hingewiesen worden ist. Dagegen ist zu bemerken, daß auch die jetzige Regierung dieses Programm nie verlängert hat, daß sie im Gegentheil bei verschiedenen Landtags-Eröffnungs- oder Schlussreden darauf hingewiesen oder darauf Rücksicht genommen hat. Ebenso haben die halboffiziellen Organe niemals etwas gegen dieses Programm einzuhauen gehabt; das haben sie aber allerdings urgt, daß die Fortschrittspartei weit über dasselbe hinausgehen will. — Als ein Zeichen der Zeit kann es angegeben werden, daß die fortschrittliche Elberfelder Zeitung die Errichtung eines Denkmals für die Helden des vorigen Jahres auf dem Drachenfels im Siebengebirge befürwortet und dieselbe damit motiviert, daß es angemessen sei, das ruhmreiche Jahr, welches Deutschland von fremdem Drucke befreit, geehrt und zu einer Weltmacht emporgehoben hat, durch ein passendes Denkmal zu feiern. Eine zweite interessante Journal-Erscheinung ist ein Artikel der „Zukunft“, der erklärt, daß deutsche Einigungswerk sei soweit vorstehend, daß es nur noch eine führen und geschickten Griffen des Grafen Blomberg bedürfe, um es zum Abschluß zu bringen. Bedenkt man, daß die Agitationen der Fortschrittspartei und ihrer Organe vorzugsweise auf der Vorwärtschung füßen, daß es gelte, die von der preußischen Politik gestörte deutsche Einheit wieder herzustellen, so ist das obige Zugehörigkeit nicht nur ein Schlag, den sich die Fortschrittspartei selbst bringt, sondern es ist auch wieder ein Zugehörigkeit von dem Spiel, das diese Partei mit den patriotischen Grundsätzen treibt.

Die Postkonferenz hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Nach den amtlichen Ausweisungen ist die Einführung von Eisen in den Zollverein eine der bedeutendsten, obwohl sie weniger fabriziert als Roheisen betrifft. Von Roheisen sind im vergangenen Jahre 3,298,000 Etr. aus den Niederlanden, Frankreich, über Hamburg, über die Ostseehäfen u. s. w. eingeführt. Rechnet man noch dazu geschmiedete Eisengusswaren, Eisenbahnschienen, schwarzes Eisenblech und grobe Eisengusswaren, so beträgt die Einführung von Eisen und Eisenwaren im Ganzen 4,800,000 Etr. Hierzu ist noch die Einführung von rohem Eisenerz und Eisen- und Stahlsteinstufen im Gewicht von 2,130,000 Etr zu zählen, das meist aus Frankreich kam und nach Preußen ging. Die Steuern für die Eiseneinführung betragen im Ganzen 1,376,000 Thlr.

Berlin, 7. November. Se. Maj. der König empfing heute Morgen den Besuch Sr. Königl. Hoh. des Prinz-Admirals Albrecht, welcher aus den Elbherzogthümern hierher zurückgekehrt ist, ertheilte dem Professor Drake Audienz, nahm militärische Meldungen entgegen, arbeitete mehrere Stunden mit dem Kriegsminister v. Noon und dem Oberstleutnant v. Albedyll und ließ sich hierauf von dem Geheimen Hofrat Bock und dem Unterstaatssekretär v. Thile Vortrag halten. Zum Diner hatten Einladungen erhalten die Minister v. Müller, v. Schleinitz und Selchow, die Generale v. Moltke und v. Berger, die Geheimräthe v. Savigny und v. Thile, der K. Ges. v. Aenim, die Ministerresidenten Graf Keyserling und St. Pierre u. c.

Der „Wes.-Z.“ schreibt man von hier: Wie mit Bestimmtheit verlautet, ist die Angelegenheit in Betreff eines neuen Wahlgesetzes für das preußische Abgeordnetenhaus durchaus noch nicht sowohl gediehen, daß eine Vorlage für die nächste Session in sichere Aussicht gestellt werden kann. Nichtig scheint aber die Vermuthung zu sein, daß mit dem Vorschlage, auch in Preußen das allgemeine, direkte Wahlrecht einzuführen, der Antrag verbunden sein wird, die bisherigen Diäten in Wegfall zu bringen.

Es wird glaubwürdig bestätigt, daß Preußen die von Italien beantragte einseitige Vermittelung in der römischen Frage abgelehnt hat. Italien soll nunmehr seinerseits auf schleunige Berufung einer europäischen Konferenz, selbstverständlich unter Beschränkung der Verhandlungen auf die italienische Angelegenheit, dringen, welche, wenn überhaupt, nur ohne bestimmt formulirtes Programm zusammentreten könnte. In diplomatischen Kreisen will man eher eine längere Verschiebung der römischen Frage vorhersehen.

Zu den auf der hannoverschen und Ostbahn schon in Betrieb gesetzten neuen Waggons 4. Kl., welche für den erforderlichen Fall zugleich zu dem Transport von Verwundeten bestimmt und dazu besonders konstruit sind, werden dem Bernchen nach im Laufe dieses Winters auf den verschiedenen Staatsbahnen noch soviel gleich eingerichtete neue Fahrzeuge hinzutreten, um bei einstremendem Bedürfniß mindestens vier Züge zu je 30 Wagen zugleich ablassen zu können, wovon jeder Zug, da der einzelne Wagen zur Aufnahme von 12 Kranken und Verwundeten hergerichtet ist, deren 360 würde transportiren können. Auch sonst aber sollen

alle Neubeschaffungen auf den norddeutschen Eisenbahnen und namentlich auch die der Pack- und Güterwagen fernerhin nur nach den vorgeschriebenen Mustern bewirkt werden, für deren Annahme der erleichterte Truppen-Transport wesentlich mit bestimmend gewesen ist.

In Bayern hat der Versuch, die sonst sehr guten gezogenen Podewils-Borderladungs-Gewehre in Hintzelader umzuwandeln, nur ein sehr mittelmäßiges Resultat ergeben und ist man dort sogar von der Fortführung dieses Bestrebens bereits völlig abgestanden. Nach verschiedenen Mitteilungen soll gegenwärtig in Südmärkten eine Bestellung zur Anfertigung einer größeren Partie der sogenannten Dreyse'schen Granatgewehre aufgegeben worden sein, womit versuchsweise einzelne Abtheilungen bewaffnet werden sollen. Die Ausstellungen gegen dies neue Gewehr waren allerdings vorzugsweise wider die eigenthümliche Konstruktion derselben gerichtet und wurde bei der früheren Verwerfung derselben die leichte Möglichkeit einer Änderung hierfür zugegeben.

Speziell für die preußische Armee findet sich die diesjährige Rekrutierung auf 83,528 Mann angezeigt, davon 58,960 Mann Infanterie, 12,800 Mann Kavallerie, 5004 Mann Fuß-Artillerie, 1044 reitende und 2500 Mann Festungs-Artillerie, endlich Pioniere 2160 und Train 1056 Mann. Der Gesamtansatz der Rekrutierung für dieses Jahr beläßt sich auf 92,886 Mann und würde demzufolge für die Kontingentstruppen die Rekrutengestaltung 9358 Mann betragen.

Hamburg, 7. November. Die Hamburger „Börsenhalde“ veröffentlicht ein Privattelegramm, in welchem aus St. Thomas vom 29. Oktober gemeldet wird, daß daselbst durch einen Orkan 5 Dampfer und 50 Segelboote total vernichtet sind.

Darmstadt, 5. November. Wie die „Hessische Landeszeitung“ erfährt, sollen den noch im Laufe dieses Monats zusammengetretenden Landständen folgende Vorlagen gemacht werden: 1) ein Einkommensteuergesetz (Hauptbestimmungen: ein Einkommen von 800 Fl. bleibt unversteuert, 2 p.C. sollen nicht überschritten werden); 2) ein Kriegslosen-Ausgleichsgesetz; 3) der mit der preußischen Regierung abgeschlossene Telegraphen-Vertrag über die in Hessen anzulegenden Telegraphenlinien; 4) der mit der bayerischen Regierung abgeschlossene Vertrag über die Anschlüsse der rheinhessischen Eisenbahnen nach der Pfalz hin; 5) ein Gesetz über Einführung von Stempelmarken; 6) ein Gesetz über Einschaltung einiger Gewerbe in den Gewerbe-Steuertarif. Endlich werden, wenn die betreffenden Verhandlungen bis dahin zum Abschluß gekommen sind, den Kammer-Vorlagen über den Bau, resp. über die Konzessionirung der von ihnen in ihrer letzten Session besetzten Eisenbahnlinien gemacht werden.

Stuttgart, 5. November. In der Kammer der Standesherren, welche am gestrigen Tage die Zustimmung zu den Allianzverträgen ansprach, motivierte Prinz Friedrich von Württemberg sein Votum für die Vorlage folgendermaßen:

Bei der Beantwortung der Frage, ob die vorliegenden Verträge, da sie in Verbindung miteinander stehen, angenommen werden sollen oder nicht, müssen nach meiner Ansicht vor Allem die Verhältnisse ins Auge gefaßt werden, unter welchen sie geschlossen wurden. Ich sehe den Friedens- und Allianz-Vertrag als zwei Verträge an, die mit einander in Verbindung stehen, und obwohl ich nicht verenne, daß der Allianz-Vertrag dem Lande wie der Krone manche Opfer auferlegt hat und noch auferlegen wird, so war auf der anderen Seite doch maßgebend, daß es nothwendig war, den Friedensvertrag möglichst schnell abzuschließen, indem Österreich bereits die Grundlagen seines Friedens aufgestellt hatte, das Land theilweise noch vom Feinde besetzt war und die Friedensverhandlungen ohne den Allianz-Vertrag wohl viel nachtheiliger ausgefallen wären.

Es kommt ferner in Betracht, daß bereits der deutsche Bund gesprengt und Österreich aus demselben ausgeschieden war, es sich also darum handelt, wenn Württemberg nicht in einer ganz isolirten Stellung bleiben und eine nationale Verbindung mit dem übrigen Deutschland aufrecht erhalten wollte, es sich einem solchen Vertrag nicht entziehen konnte. Ich sehe aber durch diesen Vertrag das neue Verhältniß zum übrigen Deutschland als festgestellt und abgeschlossen an und glaube nicht, daß es dem Lande heilsam wäre, sich in weitere Verbindlichkeiten einzulassen. In wie weit dies durchführbar ist, kann nur die Zukunft lehren, jedenfalls aber glaube ich, daß, da das neue Verhältniß nun vertragmäßig festgestellt ist, es nun der Regierung die Mittel an die Hand giebt, sich innerhalb eines bestimmten Rahmens zu bewegen. Darum, weil ich glaube, daß das Geschehene den gegebenen Verhältnissen entsprach, sage ich Ja."

Wien, 6. November. Eine offiziöse Korrespondenz des „Dresdener Journals“ aus Wien bestätigt, daß der österreichische Reichskanzler Ihr. v. Beust von Paris aus unter dem 1. d. eine Cirkular-depêche an die Vertreter Österreichs in Paris, Berlin und Petersburg erlassen hat. Die ausführliche Analyse, welche das „Dresdener Journal“ von dieser Depêche giebt, lautet, wie folgt: „Wie die Napoleonische Reise nach Salzburg, sei auch der Besuch des Kaisers von Österreich in Paris nur ein Akt der Courtoisie, bestimmt, die wechselseitigen Gefühle der Achtung und Zuneigung beider Monarchen darzuhun. Keine vorausbestimmte Absicht hat diese Zusammenkunft veranlaßt, und letztne neue politische Lage geht daraus hervor. Es ist dadurch kein Grund zur Beunruhigung, vielmehr eine verstärkte Friedensbürgschaft gegeben worden. Österreich bleibt wie seither bemüht, jedes Gewölk am politischen Horizonte zu zerstreuen, das der allgemeinen Ruhe gefährlich werden könnte. Dabei darf man aber die Wichtigkeit nicht verkennt, welche diesen Begegnungen dennoch zuliegt. Schon die Aufnahme, welche dem Kaiser sowohl von Seiten seiner hohen Gastfreunde,

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für reisen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

als von der Pariser Bevölkerung zu Theil geworden ist, hat die Bedeutung eines Ereignisses. Se. Majestät betrachtete es in diesem Geiste und hat es im Pariser Stadttheater ausgesprochen, daß die Übereinstimmung der Souveräne durch die Sympathien und Bestrebungen der Völker gestützt werden müsse. Die Souveräne von Russland und Preußen waren bei ihren Reisen nach Paris von ihren Ministern der auswärtigen Angelegenheiten begleitet, und man wird es daher natürlich finden, daß der Kaiser von Österreich diesen Bespielen folgte; auch konnte es nicht fehlen, daß ein Austausch der Ideen über die allgemeine Lage und diejenigen Vorgänge stattfand, welche die Ausserksamkeit der Kabinete gegenwärtig vorherrschend beschäftigen. In den Unterredungen zwischen dem Freiherrn v. Beust und Herrn de Moustier hat sich eine erfreuliche Übereinstimmung des Urtheils über die die wichtigsten europäischen Fragen herausgestellt. Die Festigkeit, welche die französische Regierung in Beurtheilung des päpstlichen Stuhls gegen von Gribaldi verzählten Banden erwiesen hat, ist Österreichs seitens rühmend anerkannt worden.

Die genommenen energischen Maßregeln, namentlich die Absendung von Truppen zum Schutz des Papstthums, werden die Ruhe in der Halbinsel herstellen, die italienische Regierung an die genaue Erfüllung der durch den Septembervertrag übernommenen Verpflichtungen erinnern und die Gefahren, womit der h. Vater, wie die Ruhe Europas bedroht waren, zerstreuen. Will die französische Regierung mit den Großmächten die Mittel brahen, ähnlichen belästigenden Ereignissen in Zukunft vorzubeugen, so wird Österreich seine Mitwirkung bei diesem Friedenswerke nicht versagen. Betreffs der orientalischen Angelegenheiten hat die französische Regierung mit einer nicht zu bezweifelnden Aufrichtigkeit erklärt, die Integrität der Türkei aufrecht zu halten, ohne deshalb den christlichen Untertanen der Pforte ihren wirklichen Schutz zu entziehen. Was insbesondere Kandia anlangt, ist zwar von Seiten Frankreichs in Gemeinschaft mit Russland ein Schritt in Konstantinopel gethan worden, dem sich Österreich nicht anschließen konnte, der aber nur in Folge älterer Verpflichtungen geschah, keineswegs aber der Ausgangspunkt einer neuen Aktion ist. Die von den genannten Mächten der Pforte abgegebene Erklärung hat, was Frankreich betrifft, nur den Zweck, eine unfruchtbare gebliche Diskussion abzuschließen und die Freiheit der Bewegung wieder zu erlangen. Nach Besetzung dieses Zwischenfalls werden Frankreich und Österreich im Orient eine gleichmäßige Haltung beobachten, um dort die Veranlassung zu einem Zusammenstoß zu entfernen. In den Deutschen berührenden Fragen endlich sind beide Mächte darüber einverstanden, sich von der Einmischung in die innere Organisation Deutschlands fern zu halten und so weit als möglich alles dasjenige forschtig zu vermeiden, was eine berechtigte Empfindlichkeit erregen könnte. Diese reservirte Haltung gründet sich jedoch auf die Erwartung, daß man dieselbe sowohl in Berlin, als in den süddeutschen Staaten würdigen und unterstützen werde.“ Die Korrespondenz des „Dr. J.“ fügt dieser Inhaltsangabe noch die Bemerkung hinzu: „Das Einvernehmen, welches in diesen drei wichtigsten Punkten zwischen den Souveränen von Österreich und Frankreich und ihren beiderseitigen Ministern besteht, ist gewiß geeignet, eine beruhigende Wirkung hervorzubringen und die Hoffnung zu kräftigen, daß auch auf der andern Seite gleich friedliche Absichten vorwalten werden.“

Wien, 7. November. Nach der „Debatte“ hat England der französischen Regierung durch Lord Lyons ebenfalls dringend raten lassen, die Truppen aus dem Kirchenstaat wieder zurückzuziehen, da die wegen der definitiven Regelung der römischen Frage aufzunehmenden Verhandlungen die Herstellung des status quo auctus bedingen. — Die „Wiener Korrespondenz“ hört, daß Graf Crivelli zum österreichischen Botschafter in Rom an Stelle des Freih. v. Hünenberg designirt sei. Graf Crivelli, früher Gesandter am Madrider Hofe, war zuletzt zum Vertreter Österreichs in Brüssel ernannt, hatte jedoch seine Kreditivität daselbst noch nicht überreicht. — Der Kaiser ist heute Nachmittags 4½ Uhr hier eingetroffen und am Bahnhof von den höchsten Civil- und Militär-Behörden sowie von Deputationen beider Häuser des Reichsraths, dem Bürgermeister und Gemeinderathe der Stadt Wien feierlich empfangen worden. Der Bürgermeister begrüßte den Kaiser mit einer längeren Ansprache, in welcher er zunächst hervorholte, daß die Worte, welche der Kaiser in Paris gesprochen, den freudigsten Bilderhall in ganz Österreich gefunden hätten. Denn nur durch inneren und äußeren Frieden und unter dem Schutz freisinniger und volksbürtlicher Gesetze sei das Glück Österreichs geschah. Der Bürgermeister gab darauf den freudigen Gefühlen Ausdruck, welche der glänzende Empfang des Kaisers in Paris, sowie seine glückliche Rückkehr erweckt habe. Die Rede schloß mit einem Hoch auf den, das Recht des Volkes anerkennenden und schützenden Kaiser, in welches die Versammlung drei Mal begeistert einstimmte. Hierauf erwiderte der Kaiser: Ich danke sehr für den herzlichen Empfang, welchen die Bewohner meiner Residenz mir bereitet. Die Sympathien, welche ich überall in Frankreich gefunden habe, beruhen hauptsächlich auf der Überzeugung, daß Österreich durch seine Einigung im Innern neu gestärkt, wieder jene Stellung einnehmen wird, welche ihm gebührt, daß es daher die Kräftigung Österreichs ist, welche wir im Frieden anstreben müssen. Diese Wahrnehmungen können mich nur verstärken, auf den eingeschlagenen Bahnen mutig vorwärts zu schreiten. Ich rechte dabei auf die Unterstützung aller patriotischen Österreichs. Die Erwiderung des Kaisers wurde mit grossem Enthusiasmus aufgenommen. Der Kaiser fuhr darauf vom Bahnhof in offenem Wagen durch die festlich geschmückten Straßen unter ununterbrochenen begeisterten Hochrufen nach der Hofburg.

Paris, 7. November. Der „Estandart“ meldet: Man hält

es für wahrscheinlich, daß die beiden Söhne Garibaldis in der Umgebung von Florenz sich verborgen halten. — Der diesseitige Gesandte am Stockholmer Hofe, Hournier, welcher seit mehreren Monaten beurlaubt war, wird binnen Kurzem auf seinen Posten zurückkehren. — Dasselbe Blatt meldet: Gestern ist in Mailand ein ernstlicher Aufstand ausgebrochen. Nähtere Berichte sind hier noch nicht eingegangen. Es scheint jedoch sicher, daß es zum Blutvergießen gekommen ist. Die Truppen blieben ihrer Pflicht treu und unterdrückten die revolutionäre Bewegung mit großer Energie. Entsprechende, wenn auch weniger ernste Vorgänge sollen in Pavia vorgekommen sein. In Florenz, Turin und Neapel ist die Ruhe nicht gestört worden.

— Die „France“ schreibt: Die in das Gelbbuch aufzunehmenden Altentüste sollen bereits zusammengestellt sein. Die wichtigsten derselben beziehen sich auf die orientalische und italienische Frage. Aus den über letztere zwischen Florenz und Paris gewechselten Depeschen soll hervorgehen, daß bereits seit längerer Zeit und fast allwöchentlich die französische Regierung dem italienischen Ministerpräsidenten Nattazzi Nachrichten über die gegen Rom gerichteten Umtreibe der Aktionspartei zugehen ließ, daß sie denselben gleichzeitig aufforderte, über die Aufrechterhaltung der Septemberkonvention zu wachen und dabei keineswegs verhohlt, daß Frankreich entschlossen sei, falls Nattazzi es in dieser Beziehung an sich fehlen lasse, allein der September-Konvention Achtung zu verschaffen. Man weiß, daß Nattazzi, weit entfernt, diesen besonnenen Ratschlägen sein Ohr zu leihen, nur zu sehr die Vorsicht des französischen Kabinetts gerechtfertigt hat. — Die auf die orientalische Frage bezüglichen Altentüste berühren fast sämtlich die Vorgänge in Kreta. — Es gilt für wahrscheinlich, daß das Gelbbuch auch mehrere noch unbekannte Altentüste enthalten wird, welche über die letzte Insurrektion in Spanien so wie über die Unterstützung Aufschluß geben, welche Frankreich seinem Verbündeten geleistet hat, um zu verhindern, daß die Rebellen in Spanien sich aus den in den französischen Grenzorten lebenden spanischen Flüchtlingen rekrutierten. — Über das Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich enthält das Gelbbuch nur wenig Dokumente. Da in dem letzten Jahre kein Incidenzpunkt vorgelegen hat, welcher die Beziehungen beider Mächte modifizieren konnte, so wird man sich die von unserem Minister in dieser Hinsicht beobachtete Reserve leicht erklären können.

— Die „Presse“ schreibt, General Lamarmora hat in Folge weiterer Instruktionen, die ihm neuerdings von Florenz zugegangen, in einer Unterredung, welche er gestern mit Marquis de Moustier hatte, die Zurückberufung der französischen Truppen aus Rom gefordert. Die italienische Regierung glaubt diese Genugthuung verlangen zu dürfen, da sie Garibaldi mit seinen Söhnen, sowie die Insurgenten im Kirchenstaat entwaffnet und in allen Punkten den Wünschen des Tuilerien-Kabinets nachgekommen sei. Lamarmora soll ferner hervorgehoben haben, daß die Sicherheit des Papstes, sowie die Integrität des Kirchenstaats nicht mehr bedroht sei und das Verweilen der französischen Arme somit gegenstandslos sei. Marquis de Moustier hat sich vorbehalten, die Ansichten des Kaisers über diese Frage einzuhören.

— „Epoque“ schreibt: Der Rücktritt des Ministers Lavalette scheint jetzt den Charakter einer vollendeten Thatsache anzunehmen, da die dem Minister beigegebenen Beamten bereits eine anderweitige Bestimmung erhalten haben.

— Der „Temps“ sagt, daß einem Gerüchte zufolge der General Fleury sich in einer besonderen Mission nach Florenz begeben werde.

Marseille, 7. November. Die Ex-Königin von Neapel wird sich auf einem österreichischen Kriegsschiffe nach Civita-Becchia begeben.

Florenz, 6. November. Bei der großen Popularität, die sich Garibaldi namentlich in den unteren Schichten des italienischen Volkes erfreut, war es vorauszusehen, daß die energischen Maßregeln, welche die italienische Regierung neuerdings gegen den geschlagenen Parteiführer und seine Anhänger ergriffen hat, in jenen Kreisen einen tumultuarischen Widerhall finden würden. In der That wird auch von einer Massen-Demonstration berichtet, welche am 5. d. M. in Mailand stattgefunden hat und das Einschreiten der Nationalgarde nötig machte, wobei es nicht ohne Verwundungen abging. Nichtsdestoweniger berechtigt die Sprache der gemäßigten Blätter zu der Hoffnung, daß es dem Kabinett Menabrea gelingen werde, mit Hilfe des gesunden Sinnes der Bevölkerung, die augenblickliche Aufregung zu bemeistern und damit den ersten Schritt zur Lösung der schwierigen Aufgaben zu thun, welche ihm sein Vorgänger hinterlassen hat. Die genannten Blätter, die „Nazionale“ an der Spitze, eisefern sich sämtlich gegen die Versuche, den Wünschen des Volkes durch lärmende Demonstrationen Ausdruck zu geben, welche eines so gebildeten Volkes unwürdig seien. An sich kann der Schlag, welchen die Umtreibe der Aktionspartei durch die Niederlage Garibaldi's erfahren haben, für die Befestigung der staatlichen Ordnung Italiens nur förderlich sein. Mit Recht bemerkt in dieser Hinsicht selbst das verbreitetste liberale Organ Österreichs, die „Presse“: „Man hat keinen Grund, die Niederlage der Garibaldianer zu beklagen. Das Freischäaren-Unwesen in Italien war eine Wucherpflanze, welche den italienischen Staatsorganismus erdrückend umschlang, und es ist gut, daß dieselbe gründlich beschnitten wurde. Wohin soll ein Staatswesen gelangen, welches Tausende von Abenteuern beherbergt, die in jedem passenden Momente die staatlichen und internationalen Gesetze mit Füßen treten, und ihre Souveränität neben der des legenden Staats-Oberhauptes etablieren. Solche Verhältnisse erzeugen sieberbaste Zustände, unter denen ein Staatswesen niemals gediehen kann.“ Je fester ein gesunder konservativer Geist im italienischen Volke Wurzel greift, und je nachhaltigere Bürgschaften der jungen Staat dadurch für eine kräftigere Entwicklung in Zukunft bietet, desto gesicherter werden ihm auch die Sympathien der auswärtigen Nationen zur Lösung seiner weiteren Aufgaben sein.

Florenz, 7. November. Das Parlament ist zum 26. d. M. einzuberufen. — Die „Opinione“ glaubt zu wissen, daß die französischen Okkupationstruppen sämtlich um Civita-Becchia konzentriert werden sollen.

London, 7. November. Die Westindische Dampfer-Gesellschaft hat ein Telegramm aus Havannah erhalten, nach welchem die Insel St. Thomas am 29. v. M. durch einen Orkan verheert worden ist. Die Hauptstadt der Insel ist fast vollständig in Trümmer

gelegt. Zahlreiche Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. Die Dampfer „Rhone“, „Wye“, „Conway“, „Dervent“ sind total verloren, theils gestrandet; 50 andere Schiffe sind entmietet. Die Dampfer „Tyne“ und „Solent“ verkehren gegenwärtig den Postdienst.

Petersburg, 3. November. In Warschau kommen jetzt von Zeit zu Zeit Transporte lithauischer Verbannter aus Sibirien an, denen es gestattet ist, nicht nur nach ihrer früheren Heimat zurückzukehren, sondern auch wieder zu übersiedeln. Es sind arme, in elende Lumpen gehüllte Leute, bei denen man oft den einzigsten Wohlstand deutlich erkennt. Manche frühere reiche Gutsbesitzer sind darunter, die jetzt mit Holzsuchen ihren Unterhalt erwerben. Auch Frauen und Kinder sind nicht wenige dabei. Solche Züge sind von Kosaken eskortiert. Frauen und Kinder bekommen Wagen.

Petersburg, 7. November. Der Kaiser hat eine Kommission zur Reform der Zölle ernannt. Der bezügliche Utaas ordnet an, daß diese Kommission ihre Arbeiten am 13. d. Mts. beginnen und dieselben derart beschleunigen solle, daß die ministerielle Entscheidung darüber dem Reichsrathe bis spätestens am 13. März vorgelegt werden könne.

Konstantinopel, 7. November. Der „Levant Herald“ meldet: Zur Organisation der Polizei in Kreta sind hierfür Polizei-Beamte dorthin abgegangen. Hussein-Pascha soll mit 6000 Mann Thessalien verlassen haben.

Pommern.

Stettin, 8. November. Aus der Provinz haben wir nur noch das Wahlergebnis des Wahlkreises Rummelsburg-Schlawe nachzutragen. Auch dort wurden zwei konservative Abgeordnete: der Oberstaats-Anwalt v. Bonin in Greifswald und der Rittergutsbesitzer v. Loen-Erangen gewählt.

— Der wegen verschiedener Diebstähle und Unterschlagungen Seitens des Kreisgerichts in Labes steckbrieflich verfolgte vorige Barbier Felix ist gestern von Glogau hier zum Gefängnis eingeliefert und heute nach Labes transportiert worden.

— Gestern Abend wurde der hierfür Photgraph A. Kraßsch, welcher sich mehrfach Schwindeleien und Beträgereien schuldig gemacht, verhaftet. — Ebenso erfolgte heute früh die Verhaftung eines legitimationslosen Menschen, der sich in versoffener Nacht in ein Stallgebäude auf dem Hofe des Grundstücks Lastadie No. 2 eingeschlichen hatte. Er gab an, der Arbeiter Wilhelm Below aus Porst zu sein.

— Gestern ereigte ein durch 5 Greifswalder und 1 Stralsunder Polizeibeamten hier eingebauchter Transport von 6 Gefangenen Aufsehen. Wie wir heute erfahren, waren leichtere der Seefahrer Mönch und dessen Complicen Steinfurth, Spuding, Giese und Meinke aus Greifswald, sowie der Maurergeselle Lewin aus Stralsund, welche in Folge des vor einiger Zeit in der Haide zwischen Anklam und Stralsund gegen einen Holzhändler verübten Raubansfalles und verübtter Misshandlungen, die den Tod des Verletzten zur Folge gehabt, zu Zuchthausstrafen von resp. 15-, 10- und 3jähriger Dauer verurtheilt und von hier zur Strafverbüßung nach Naugard transportiert sind.

Wollin, 6. November. (D.-B.) In vergangener Nacht ist das eine Meile von hier gelegene kleine Gut Lanke fast ganz niedergebrannt. Von dem Viehstande sind nur 5 Pferde gerettet; alles Uebrige, sowie die ganze Ernte, das volle Inventar, alle Gebäude sind verbrannt und der bisher gut stürzte Besitzer Mann ist dadurch in eine traurige Lage geraten. Die Entstehungsart des Feuers ist bisher noch nicht ermittelt.

Wahlen zum preußischen Landtag.

Wahlkreis Tilsit-Niederung: Die konservativen Kandidaten Landrat Schlenther auf Baubeln und Reg.-Rath von Zander in Stettin wiedergewählt.

Im Wahlkreis Elbing-Marienburg legten die Kandidaten der konservativen Partei Brauchitsch und Wantrup.

Köln. Gewählt Rechtsanwalt Max v. Hordenbeck in Elbing und Eisenbahn-Direktor Kühlwetter in Köln, beide nat.-lib.

Reg.-Bez. Breslau. Stadt Breslau: Im ersten Wahlgange von Kirchmann, im zweiten Wahlgange Kaufmann Loschwitz, im dritten Wahlgange Oberbürgermeister Ziegler gewählt.

Reg.-Bez. Kassel. Kreis Hanau: Gewählt der Kandidat der nat.-lib. Partei Ziegler. — Kreis Hofgeismar-Wolfsberg: Fr. Detter fast einstimmig gewählt.

Schleswig-Holstein. 3. Wahlbezirk. Stadt Flensburg: Petersen mit großer Majorität gewählt. 7. Wahlbezirk. Gewählt Reg.-Rath a. D. Kraus. 8. Wahlbezirk. Stadt Altona: Gewählt der Kandidat der Freihafenpartei Warburg. 13. Wahlbezirk: Gewählt Lehrer Schlichting (lib.). Hadersleben. Reichstagsmitglied Krüger-Bestoff ist durch 172 dänisch gesetzte Wahlmänner zum Landtagsabgeordneten gewählt.

Reg.-Bez. Magdeburg. Stadt Magdeburg mit Neustadt und Sudenburg: Gewählt v. Unruh (nat.-lib.), Lasker (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Merseburg. Saalkreis inkl. Stadt Halle: Gewählt Graf Schwerin-Puštar und Regierung-Präsident Rothe in Merseburg (kons.).

Kreis Sangerhausen-Eckartsberga: Gewählt Rittergutsbesitzer Juengken und Reg.-Rath a. D. Seubert, beide nat.-lib.

Kreis Quedlinburg-Merseburg: Gewählt Kreisrichter Keuffel und Rechtsanwalt Woelfel, beide nat.-lib.

Kreis Bitterfeld-Delitzsch: Gewählt Kreisgerichtsdirektor Lampugnani und Stadtgerichtsrath Graf von Seydewitz aus Berlin, beide kons.

Kreis Liebenwerda-Torgau: Gewählt Rittergutsbes. Wiesandt und Rittergutsbes. v. Lingenthal, beide kons.

Frankfurt a. M. Appellationsrat Augler und Gaedirektor Schiele wurden mit überwiegender Majorität gewählt.

Reg.-Bez. Liegnitz. Kreis Lauban-Görlitz: Gewählt mit großer Majorität v. Carlowitz, Bassenge und Dr. Paur.

Kottbus. (Calau-Spremberg): Gewählt Landrat Werdeck und Bürgermeister Otto.

Kreis Oppeln: Gewählt Reg.-Rath v. Polomski und Ober-

Reg.-Rath Eichhorn. Beide konserv.

Hannover. 15. Wahlkreis Hameln: G. wählt Bauergutsbes. Nedderer (nat.-lib.). 17. Wahlkreis Elze: Gewählt Hofgutsbesitzer Jordan. 27. Wahlkreis Dannenberg: Gewählt Bauergutsbesitzer Nedderer. 28. Wahlkreis Gifhorn: Gewählt Ober-Gerichtsrath Plank. 29. Wahlkreis Harburg: Gewählt Bürgermeister Grum-

brecht. 32. Wahlkreis Neuhaus: Einstimmig gewählt Rudolph v. Bennigsen.

Reg.-Bez. Magdeburg. Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben: Gewählt Bürgermeister Sachse und Fabrikant Graeger. Beide national-liberal.

Kreis Osterburg-Stendal: Gewählt Gutsbesitzer v. Bismarck-Bries und v. Reiche (Neufelde), beide konservativ.

Kreis Calbe-Ashersleben: Gewählt Handelsgärtner Mette und Fabrikant Stengel, beide freikonservativ.

Reg.-Bez. Merseburg. Kreis Weissenfels-Naumburg-Zeitz: Gewählt Gutsbesitzer Nohland (Fortschritt) und Stadtrath Viechel (national-liberal).

Reg.-Bez. Düsseldorf. Kreis Elberfeld excl. Elberfeld und Barmen: Gewählt Graf Schwerin-Puštar.

Stadt Elberfeld und Barmen: Gewählt Alexander v. Sybel.

Kreis Rees: Gewählt Landrat v. Dönhof.

Reg.-Bez. Arnsberg. Kreis Bochum-Dortmund: Gewählt Mehmacher.

Kreis Hagen: Gewählt der liberale Kandidat Prediger Floriush aus Herlohn.

Kreis Hamm-Soest: Gewählt Uhendorf und von Bockum-Dolfs.

Kreis Wittgenstein-Siegen: Gewählt Achendorf (kons.).

Reg.-Bez. Posen. Kreis Adelau-Schöldberg: Gewählt Domherrn Wiegner und v. Kraatz.

Reg.-Bez. Bromberg. Kreis Czarnikau-Chodziesen: Gewählt Graf Schulenburg (kons.) und Schmedorf (Podonin).

Kreis Wirsitz-Bromberg: Gewählt Kreisrichter Lesse.

Reg.-Bez. Marienwerder. Kreis Konitz-Schloßau: Gewählt Landrat v. Oven in Schloßau und Wehr (Kensau).

Kreis Flatow-Deutsch-Krone: Gewählt Amtsrichter Boy und Geh. Reg.-Rath Graf Eulenburg (kons.).

Reg.-Bez. Potsdam. Kreis Westhavelland-Zauch-Belzig: Gewählt Landrat v. Stülpnagel (kons.), Rittergutsbesitzer v. Kleist (kons.) und General Stavenhagen.

Kreis West- und Ost-Priegnitz: Mit überwiegender Majorität gewählt: Landrat Persius, Bürgermeister Steingräber aus Havelberg und Kreis-Gerichts-Direktor Sello aus Potsdam, sämtlich konservativ.

In Schröda wurden v. Wallgorski (Pole), v. Wierzbinski (Pole) und Dr. Szulcynski (Pole); in Gräp v. Zahrzowski und Graf Lontz (Polen) gewählt.

Reg.-Bez. Posen. Wahlkreis Schloßau-Konitz: Gewählt Landrat v. Oven-Schloßau; bei der engeren Wahl mit großer Majorität Gutsbesitzer Wehr-Nensau (Konitz); die Polen blieben in der Minorität.

Reg.-Bez. Bromberg. Kreis Schubin-Inowraclaw: Gewählt Landrat v. Kochitz und Ministerialdirektor v. d. Necke (frei-kons.).

Schiffserichte.

Swinemünde, 7. November. Nachmittags Angelomme Schiffe: Bertha, Niemann von Grangemouth. Sonne, Beug von Bernan. Reform, Pust von Tapport. Wilhelm Kiesler, Knochenhauer von Newcastle. Elisabeth, Peterse von Bergen. Karl Friedrich, Hart von Sunderland. Christine, Dahl von Aalesund. Alpha, Tönneßen; Emilie, Trulsen von Christiania. Express, Wood; Courier, Tisch von Berwick. Aurora, Ludwig von Egerund. Industrie, Holzger von Stavanger. Margaret, Kühl von Malaga. Erwartung, Fäks von Eckmann. Wind: NW. Revier 15 F.

Hilgen, 6. November. Gestern Abend 5 Uhr strandete bei Sturm aus NW. der preußische Küstenchooner „Hirundo“, wie durch züberfliegende Ermittlung festgestellt Kapt. L. Kroll aus Biegenort, an der Südmole, etwa 10 bis 15 Schritte vom Molenkopfe entfernt, südlich desselben. Da alle angestrengten Rettungsversuche mit dem Rettungsboot von beiden Seiten der Mole und mit dem Manby'schen Schießapparate vergeblich waren, so ist Schiff, Besatzung und Ladung total verloren.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. November. Witterung: regnigt. Temperatur + 8° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen fest und höher, loco pr. 2125 Pfd. gelber 93—97 R. bez., ufermärker 100—103½ R. bez., ungarischer 93—97 R. bez., 83—85 Pfd. November 98½, 99 R. bez. u. Br., Frühjahr 96½, 97 R. bez. u. Br., 97½, R. Br.

Roggen höher bezahlt, loco pr. 2000 Pfd. 72—75½ R. bez., geringer 70 R. bez., November 73½, 74 R. bez. u. Br., November-Dezember 71, 71½ R. bez. u. Br., Frühjahr 69—71 R. bez.

Gerste loco per 1750 Pfd. loco Oberb. 53, 53½ R. bez. Hafers ohne Umsatz.

Rübel fass und niedriger, loco vom Lager 11½ R. Br., November 102½ R. bez., 10½ R. Br., November-Dezember 11 R. Br., April-Mai 11½ R. bez. u. Br.

Spiritus fest, loco ohne Fass 19½, 19¾ R. bez., November 19½ R. bez. um Gd., November-Dezember 20, Früh